Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Nr. 442. Berlin, Mittwoch den 15. Oktober 1879. 19. Jahrgang.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich Morgens und Abends, mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag Morgen. Der Abonnementspreis beträgt für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie vierteljährlich 7 Mark 50 Pf., für Berlin nehmen sämmtliche Spedition, Post-Expeditionen, sowie die Expedition dieser Zeitung, Wilhelmstraße 32, Abonnements vierteljährlich zum Preise von 7 Mark 50 Pf. incl. Bringerlohn entgegen. Preis der einzelnen Nummer 10 Pf. Inserate nimmt die Expedition an. Preis pro fünfspaltige Petitzeile 40 Pf. Beiträge für die Redaktion der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" sind an diese: Berlin SW. Wilhelmstr. 32, zu richten, und wird gleichzeitige Honorarangabe erbeten. Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung, unbenützte Einsendungen können nicht aufbewahrt werden. Die Redaktion und die Expedition befinden sich Wilhelmstraße 32.

Politischer Tagesbericht.

Berlin, 15. Oktober.

Der „Düsseld. Anzeiger" (Nr. 281) bringt unter der Ueberschrift: „Am Schluß der Woche" einen Artikel, welcher sich mit dem Ergebniß der Wahlen vom 7. Oktober und dessen Gründen beschäftigt.

Wir haben schon oft Veranlassung gehabt, unsere Zustimmung zu den Auffassungen des genannten Organs zu erkennen zugeben, und pflichten ihm auch heut vollkommen darin bei, daß der fortschrittliche Ruf: Fort mit Bismarck! für den Wahlkampf entscheidend gewesen ist.

Diese Zustimmung zu geben kann uns natürlich nicht schwer fallen, da wir selber zuerst und mit wiederholtem Nachdruck, als Konsequenz des von dem Abg. Eugen Richter ausgeschleuderten Fehderufs, die Parole: Für oder gegen Bismarck! ausgegeben und noch in unserem in Nr. 435 abgedruckten Artikel den Wahlsieg als eine Volksentscheidung für die Politik Bismarcks erklärt haben.

Gleichwohl können wir mit dem „Düsseld. Anz." nicht völlig übereinstimmen, wenn derselbe von einem konservativen Zuge, der unserer Ueberzeugung nach durch das Volk geht, gar nichts wissen will; vielleicht um deshalb, weil der „Anzeiger" eine gewisse Gruppe, welche die Pflege des konservativen Gedankens gewissermaßen als ihr alleiniges Vorrecht in Anspruch nehmen und Alles, was nicht ihren Stempel trägt, aus der konservativen Gemeinschaft ausschließen möchte, in's Auge faßt.

Unsere Uebereinstimmung mit dem „Anzeiger" wird aber sofort wieder durch die sehr treffende Bemerkung hergestellt, daß das Volk dem Kanzler sein Vertrauen zuwendet, weil er den konservativen Kern mit neuen Ideen befruchtet und das Land von dem lediglich „passiven Konservatismus" befreit hat.

Ganz dasselbe haben wir sagen wollen, als wir in unserm oben zitirten Artikel die Wahlen vom 7. d. M. zugleich als eine Reaktion der noch vorhandenen Lebenskraft des Volkes bezeichneten, eine Reaktion, welche zugleich und in erster Reihe eine Befreiung ist.

Vielleicht findet man es seltsam, oder im Hinblick auf die Verdächtigungen und den Hutzen, welchen die Liberalen bei dem Wahlkampfe daraus zu gewinnen suchten, daß sie das Schreckbild der „Reaktion" in den Vordergrund schoben, nicht für sehr geschickt, daß wir mit einer scheinbaren Vorliebe diese so anrüchig gemachte Bezeichnung für eine hoffnungsreiche Entwickelung gebrauchen.

Gerade weil man dem Worte Reaktion einen politischen Sinn untergeschoben hat, welcher die natürliche Wirkung und Gegenwirkung, die damit bezeichnet wird, zum Voraus lähmen soll, ist es dringend nöthig, den Gegnern diese Waffe der Insinuation zu entwinden.

Sie haben das Publikum dazu angelernt, mit dem Worte „Reaktion" den Gedanken an politischen und kirchlichen Druck jeder Art zu verbinden und eine Rückwärtsbewegung, ebenso zerstörend wie die von leeren Theorien beherrschte Fortschrittsbewegung.

Die Theorien aber haben so viele Verwüstungen angerichtet, daß der Rückschlag — die Reaktion kommen mußte, und es darf nicht zugegeben werden, daß dieser Rückschlag, d. h. die Korrektur nach dem Maßstabe des Nothwendigen und Möglichen unter Berücksichtigung der durch geschichtliche Entwicklung gegebenen realen Verhältnisse, der Verdächtigung durch die Vorstellung, ausgeübt werde, die bisher mit dem Worte „Reaktion" verbunden worden ist.

Vielleicht erweisen wir den Verständigen unter den Liberalen selbst einen Dienst, wenn wir ihnen das gefährliche Spielen mit dem Worte „Reaktion" verbieten; wir erleichtern ihnen dadurch die Möglichkeit, an den positiven Aufgaben mitzuwirken, an deren Lösung heranzugehen sein wird; jedenfalls aber eben möchten wir die jenigen konservativen Kreise, welche nur ungekehrte Fortschrittsmänner sind, ebenso abstrakt radikal wie diese, davor warnen, daß sie durch ihr Auftreten dem falschen Begriff von Reaktion nicht in dem Grade Vorschub leisten, daß die wahrhaft konservativen Bestrebungen dadurch behindert werden.

Freunde wie Gegner des konservativen Gedankens sollten sich von der Ueberzeugung durchdringen lassen, daß das Volk die Liebhaberei für abstrakte Formeln gänzlich verloren hat und nur positive Leistungen — diese aber nach dem Maßstabe der Erfahrung zu schätzen bereit ist.

Dann aber hat man auch die Erklärung für die entscheidende Wirkung der Wahlparole: Für oder gegen Bismarck — ohne daß man die Ueberzeugung von dem konservativen Zuge, welcher durch das Land geht, abzuleugnen nöthig hätte.

Der Entwurf einer Bekanntmachung, betreffend die Statistik des Waarenverkehrs des deutschen Zollgebiets mit dem Auslande, hat in mannigfacher Beziehung einen so hohen Werth für die Handelswelt, daß es angezeigt erscheint, die hauptsächlichsten Bestimmungen dieser Bekanntmachung zur weiteren Verbreitung zu publiziren. Der Entwurf enthält 23 Paragraphen. Bei den Anmeldungen für die Verkehrsstatistik muß das statistische Waarenverzeichniß zu Grunde gelegt werden und insbesondere die Gattung der Waaren so genau angegeben werden, daß die Buchung der Waarenpost ohne Schwierigkeit erfolgen kann. Es muß genau Herkunft und Bestimmung der Waaren angegeben werden. Die Bezeichnung der Länder erfolgt durch Angabe der betreffenden Staaten (Zollgebiet). Die Anmeldescheine müssen nach dem auf den Anmeldestellen einzusehenden Formulare ausgestellt werden und das Land der Herkunft und das Land der Bestimmung der Waaren, Zahl und Art der Kolli's, Wagen, Schiffe und Gattung der Waaren, Netto-, Bruttogewicht enthalten. Der kleine Grenzverkehr bei welchem einmalige Anmeldung genügt, umfaßt den nachbarlichen Verkehr der Gemeinde, welche nicht weiter als 10 Kilometer von der Grenze entfernt gelegen sind. Bei weiteren Strecken, sowie bei Waaren, welche als Roh- oder Hülfsstoffe in Fabriken oder anderen Anstalten für die Großindustrie und den Großhandel ein- oder ausgeführt werden, bedarf es der schriftlichen Anmeldung. Bei der Einfuhr mit der Post bedarf es neben der Zolldeklaration einer besonderen Anmeldung für die Verkehrsstatistik nicht. Bei der Ausfuhr mit der Post können statt der Anmeldescheine Duplikate der Zolldeklarationen treten. Die nach §. 13 des Gesetzes zur Entrichtung der statistischen Gebühr zu verwendenden Stempelmarken werden bei den Postanstalten verkauft. Diese Marken werden mit der Umschrift „Reichsstempel. Statistische Gebühr" und der Angabe des Betrages bezeichnet und für Werthbeträge von 5, 10, 20 und 50 ₰ zum Verkauf gestellt. Die Stempelmarken müssen auf der Vorderseite des Anmeldescheins aufgeklebt und bei der Anmeldestelle durch Abstempelung entwerthet werden. Die Befreiung von der statistischen Gebühr tritt nur dann ein, wenn diejenige mittelst des bei der vorgedachten Anmeldestelle übergebenen und von derselben abgestempelten Anmeldescheins den gesetzlichen Vorschriften entsprechend erfolgt. Dieser Bekanntmachung ist ein Waaren-Verzeichniß beigefügt. Der Entwurf von Dienstvorschriften enthält solche für die Anmeldestellen, welche nicht Zoll- oder Steuerstellen sind, und solche für die Anmeldestellen, welche zugleich Zoll- oder Steuerstellen sind; ferner besondere Vorschriften für die Haupt-Zoll- und Haupt-Steuerämter und für die Zoll-Direktivbehörden und besondere Vorschriften für das Kaiserlich Statistische Amt. Dieses letztere soll monatliche Nachweisungen und Jahresnachweisungen aufführen. Den Dienstvorschriften ist ein abgekürztes Waarenverzeichniß für die Anschreibung des Waarenverkehrs mit dem Auslande angefügt.

In der **„Provinzial-Correspondenz"** lesen wir:

Seitdem bekannt geworden, daß bei dem Besuch des Reichskanzlers in Wien verabredet worden ist, nochmals einen Weg zu suchen, der zu Handelsverkehrserleichterungen zwischen dem Deutschen Reich und der österreich-ungarischen Monarchie führen kann, tritt eine Art von Kritik auf, welche in solchen Versuchen ein Verlassen der eben eingeführten Schutzzollpolitik erblicken lassen möchte. Die Tarifreform war indeß von vorn herein auch auf den Zweck berechnet, das Deutsche Reich bei den Unterhandlungen über Handelsverträge mit fremden Staaten in eine günstigere Lage zu bringen. An Stelle vieler Aeußerungen braucht nur die eine aus dem Schreiben angeführt zu werden, welches der Reichskanzler unter dem 15. Dezember 1878 an den Bundesrath richtete. Daselbst heißt es:

„Bei der bevorstehenden Revision des Zolltarifs kann nur unser eigenes Interesse maßgebend sein. Dieses Interesse wird vielleicht demnächst zu neuen Verhandlungen über Tarifverträge mit dem Ausland führen. Sollen aber solche Verhandlungen mit der Aussicht auf einen für Deutschland glücklichen Erfolg begonnen werden, so ist es nöthig, vorher auf dem autonomen Wege ein Zollsystem zu schaffen, welches die gesammte inländische Produktion der ausländischen gegenüber in die möglichst günstige Lage bringt."

Die Konferenz der Vorstände Deutscher Statistischer Zentralstellen zur Feststellung von Vorschlägen für die nächste Deutsche Volkszählung, welche vom 7. bis 14. d. M. unter Vorsitz des Direktors des Kaiserlichen Statistischen Amtes, Herrn Geh. Ober-Regierungsraths Dr. Becker, im Gebäude des Statistischen Amts hier ihre Sitzung abhielt, hat sich zu folgenden, dem Bundesrathe zu unterbreitenden Vorschlägen geeinigt: Die nächste allgemeine deutsche Volkszählung soll am 1. Dezember 1880 stattfinden, und es soll mit derselben eine Viehzählung und eine Ermittelung der Größe der von einer Haushaltung aus bewirthschafteten landwirthschaftlichen Flächen unmittelbar verbunden werden. Das Bedürfniß der Verbindung dieser beiden Aufnahmen mit der Volkszählung wurde allseitig anerkannt, da der Viehbestand zum letzten Male im Jahre 1873 ermittelt wurde. Anfänge zu der so wichtigen Statistik der Vertheilung der landwirthschaftlichen Fläche nach Größenkategorien aber noch ganz vermißt werden, sowohl für das Reich, als die meisten Einzelstaaten. Die Konferenz hat Formulare sowohl für die erste Erhebung, als für die dem Reiche zu liefernden Zusammenstellungen berathen, wie das auch schon bei den Volkszählungen von 1871 und 1875 geschehen war.

Aus **München** schreibt unser dortiger Korrespondent vom 13. Oktober über das Seelenamt für die verstorbenen Ritter, Kommandeure und Großkreuze des königlichen Militair-Max-Josef-Ordens:

Bis zum 1. März 1806 bestand in Baiern zur Belohnung für militairische Verdienste nur ein Militair-Ehrenzeichen. Durch Armeebefehl vom 1. März 1806 aber ward dieses in einen Verdienstorden umgeschaffen, der den Namen Militairischer Max Josef-Orden erhielt und als vom 1. Januar des genannten Jahres, als dem Tage der angenommenen Königswürde anfangends für gestiftet anzusehen war. Die Tagungen des Ordens erweisen sich als denen des k. k. österreichischen Maria Theresia-Ordens nachgebildet und kann hiernach jeder Offizier ohne Unterschied des Grades und der Militairbranche, der Religion, Geburt oder Rang in denselben aufgenommen werden auf Grund solcher tapferer Thaten, die er ohne Verantwortung hätte unterlassen können, und die zum Nutzen der Armee gereichen, oder welche mit außerordentlicher Klugheit oder Muth und Entschlossenheit zur besonderen Ehre und Vortheil der Armee oder Truppe ausgeführt worden sind." Mit dem Besitze des genannten Ordens sind Gehaltszulagen verbunden und zwar dermal für 6 Großkreuze à 2674 ℳ, für die beiden ältesten Kommandeurs à 1900 ℳ, für die übrigen folgenden à 900 und für Ritter à 750 ℳ. Weiter werde durch Erlasse vom 27. Februar 1835 und 14. März 1854 bestimmt, daß jüngste Söhne, deren Väter den Max-Josef-Orden besitzen oder besaßen, jährlich ein Unterstützung von 200 Gulden = 685 ℳ 71 ₰ erhalten.

Seit der Stiftung des Ordens bis zum heutigen Tage sind an Mitgliedern desselben mit Tod abgegangen 7 Großkreuze, 13 Kommandeurs und 144 Ritter, und für diese sind heute Vormittag 10 Uhr in der St. Michaels-Hofkirche die dem Brauche gemäßen Seelenämter gehalten. Der 13. Oktober ist hierfür gewählt, weil an diesem Tage der Stifter und erste Großmeister des Ordens mit Tod abging.

Seit früh 6 Uhr wird alle Viertelstunden ein Salutschuß gelöst. Zum Gottesdienste rückte von den drei dahier garnisonirenden Infanterieregimentern je ein Bataillon, 5 Eskadrons schwere Reiter, 1 Eskadron Chevauxlegers und 2 Batterien Artillerie aus, von jedem Infanterieregiment rückte 1 Kompagnie, von den 2 schweren Reiterregimentern je 1 Eskadron mit ihren Fahnen und Standarten, von 3 Chevauxlegers-Regiment ein Zug und vom 1. und 3. Feld-Artillerieregiment je 1 Batterie in die Kirche ein, wo die Träger der mit Trauerflor behängten Fahnen und Standarten sich auf der obersten Stufe, dem Hochaltar zunächst, aufstellten.

Den Katafalk umgaben sechs Feldwebel als Sargträger, sechs Hauptleute und Rittmeister als Ehrenträger und vier Stabsoffiziere als Ehrenbegleitung.

Gemäß höchster Verfügung hatten an der Kirchenparade alle nicht durch Dienst verhinderten oder eingetheilten Stabs- und Ober-Offiziere sich zu betheiligen, und war deshalb der ganze Innenraum der Kirche dem Zivilpublikum unzugänglich.

Die Dekoration der Kirche hat manches Interessante. So waren im Katafalk die Wappenschilde der vielen Großkreuze des Ordens aufgehängt; sie zu reihten sich an Chor jene der Kommandeure, der Ritter, jene der vier zuletzt verstorbenen obenan. Der Katafalk selber trug die Königskrone und einen Turnierhelm und war von Waffentrophäen umgeben, in welchen man den Uniformshut des Ordensstifters, Helme, Kürasse und Panzer der alten Garden du Corps ꝛc. bemerkte.

Von der Generalsynode.

6. Sitzung vom 14. Oktober.

12 Uhr. Am Regierungstische Präsident Hermes, Gen.-Sup. Dr. Brückner und mehrere Räthe, später der Kultusminister v. Puttkamer.

Gen.-Sup. Dr. Nieden (Koblenz) spricht das Eingangsgebet.

Präs. Dr. Grone versammelte Kreisynode wünscht der Generalsynode in einem Telegramm Glück und Segen.

Vor der Tagesordnung erhält Stadtschulrath Dr. Cosack (Danzig) das Wort. Meine Herren! Sie werden gestern auf Ihrem Platze ein autographirtes Schriftstück gefunden haben, unterzeichnet Schnase, Kreisrichter a. D. und dann in Diensten." Da mein Name mehr als mir lieb ist, darin vorkommt und mir nahe stehende Personen verunglimpft sind, so will ich nur erklären, daß der Verfasser schon vor mehreren Jahren auf dem Disziplinarwege für blödsinnig erklärt ist: weiter habe ich nichts hinzuzufügen.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist der Antrag des Herrn Superintendenten Schultze, den Ober-Kirchenrath zu ersuchen, durch Verhandlungen mit Konfessionen resp. Provinzialsynodal-Vorständen dahin zu wirken, daß in jeder Provinz ein geeigneter Sonn- oder Feiertag bestimmt werde, um an demselben der Heidenmission zu gedenken und eine Kollekte für dieselbe einzusammeln. Redner empfiehlt den Antrag, der nicht aus seiner Initiative, sondern von der Missionskonferenz aufgegangen sei; er habe ihn nur aufgenommen.

Missionsinspektor Fabri empfiehlt die Annahme des Antrages, indem er auf die Bedeutung der Mission für die Volkswirthschaft, namentlich für die Emigration, hinweist.

Missionsdirektor Dr. Wangemann empfiehlt die Annahme des Antrages ebenfalls mit warmen Worten, beantragt aber zugleich die Erträge der Kollekte nach der Zahl der von jeder Gesellschaft bedienten Missionsstationen resp. der daselbst arbeitenden ordinirten Missionaire an die einzelnen Gesellschaften zu ertheilen.

Ebenso empfehlen die Professoren Dr. Christlieb und Dr. Jacobi die Anträge, welche von der Generalsynode mit großer Mehrheit genehmigt werden.

(Fortsetzung im Morgenblatt.)

Rundschau im Auslande.

Der Präsident der **französischen** Republik, Herr Jules Grevy, hat in einem vorgestern gehaltenen Ministerrathe über die neuerdings eingeleitete Amnestie-Bewegung mit aller Entschiedenheit den Stab gebrochen. Wenn die Agitatoren vielleicht gehofft hatten, durch die Wahl eines Amnestirten zum Pariser Gemeinderathsmitgliede einen bestimmenden Druck auf die Regierungspolitik zu üben, so ist diese Hoffnung durch die Worte des Staatsoberhauptes gründlich vernichtet worden, denn bieselben weisen jede Möglichkeit einer Modifizirung der Haltung des Ministeriums in der Amnestiefrage a limine ab und charakterisiren gleichzeitig das Vorgehen der Wählerschaft des betreffenden Pariser Stadtbezirks als eine „inkonstitutionelle Herausforderung." Die feste und entschiedene Sprache des Herrn Grevy ist übrigens nur das getreue Echo der Empfindungen, welche der von den Anhängern des extremsten Radikalismus gemachte Versuch, den Staat auf kompromittirende Bahnen zu drängen, bei den tonangebenden Faktoren der öffentlichen Meinung Frankreichs im Vorhinein geweckt hatte.

Das **österreichische** Abgeordnetenhaus hielt gestern in Anwesenheit sämmtlicher Minister seine Eröffnungssitzung unter Leitung des Alterspräsidenten. Der Schwerpunkt des Tages lag in dem Ausfall der Präsidiumswahlen. Zum Präsidenten wurde Graf Coronini, Mitglied der Verfassungspartei, nahezu einstimmig, mit 338 von 341 Stimmen, ernannt. Derselbe wies in seiner Antrittsrede mit sympathischen Worten auf die beiden hervorragendsten Ereignisse der politischen Gegenwart Oesterreich hin: den Eintritt der Czechen in den Reichsrath und die friedlich vollzogene Okkupation des Sandschaks Novibazar, und knüpfte daran den Wunsch, daß kein wieder auflodernder häuslicher Zwist die Lösung der dringenden wirthschaftlichen Aufgaben hindern möge.

Was das Resultat der Vizepräsidiumswahlen anlangt, aus welchen die Herren Dr. Smolka (Slovene) und Baron Goedel-Lannoy (Steiermärker) siegreich hervorgingen, so bekundet das Verhältniß der Stimmenzahl, daß die Einmüthigkeit, die den Grafen Coronini auf den Präsidentensitz erhoben, dem Konkurrenzkampf zwischen den „Verfassungstreuen" und den „Autonomisten" das Feld geräumt hatte. In beiden Fällen zog die Verfassungspartei den Kürzern, sei es, daß die Parteien der Rechten den Verfassungstreuen durch Acceptirung der Präsidentschaftskandidatur des Grafen Coronini hinreichendes Entgegenkommen bewiesen zu haben glaubten, oder daß es überhaupt auf ein Abmessen der beiderseitigen Kräfte abgesehen war. Der Ausfall des Wahlaktes hat sonach den Liberalismus auch des österreichischen Abgeordnetenhauses als in entschiedener Minorität befindlich gezeigt.

Beschlossen wurde der Erlaß einer Antwortadresse auf die kaiserliche Thronrede und die Einsetzung eines Ausschusses zur Vorberathung der Adresse.

In der vorgestrigen Sitzung der **rumänischen** Deputirtenkammer gab der Minister des Auswärtigen, Herr Boerescu, über die Politik der Regierung in Sachen der Judenemanzipation wichtige Aufschlüsse, die beruhen scheinen, auf den ferneren Gang der Debatte beeinflussend zu wirken. Es dürfte dies namentlich von der Erklärung des Herrn Boerescu gelten, daß jede Regierung in Rumänien sich den Forderungen Europas werden fügen müssen, da der Berliner Vertrag ein internationaler sei. Die Debatte sollte gestern fortgesetzt werden.

Inzwischen fördert die Judenfrage in Rumänien noch immer manches Bedenkliche zu Tage. Wiener Blätter berichten, daß die aufgehetzte bäuerliche Bevölkerung in mehreren Distrikten der Moldau bewaffnet nach Jassy ziehen wollte, um dort eine Judenhetze zu veranstalten, aber auf dem Wege dorthin von den Behörden in Folge Auftrages der Regierung aufgehalten und theils durch Androhung von Gewalt, theils durch gütliches Zureden zur Rückkehr in ihre Dörfer veranlaßt wurde. Jene Mitglieder der Kammerminorität, welche die Agitation unter den Bauern eingeleitet, wollen angeblich die Regierung über den obigen Zwischenfall interpelliren, behaupteten, daß die Bauern im Auftrage ihrer Gutsherrn die Reise nach Jassy in Privatangelegenheiten unternehmen wollten.

Auch in der Arab-Tabia-Frage stände, nach Wiener Zeitungsstimmen, endlich ein reeller Fortschritt zu gewärtigen, indem die internationale technische Kommission, welche an Ort und Stelle zu prüfen hat, ob die neuerdings gemachten Vorschläge den Brückenbau bei Silistria ermöglichen, dieser Tage sich dorthin begeben wird. Auf Grund des Gutachtens der technischen Kommission würde sodann die diplomatische Entscheidung zu erfolgen haben.

Seitens der **russischen** Regierung sind, wie das „Journ. de St. Pétersb." meldet, Generalmajor Struve und Oberst Karschew zu Delegirten bei der Arab-Tabia-Kommission ernannt.

Ein Athener Telegramm des „N. W. Tagbl." stellt den Ausfall der neulichen **griechischen** Deputirtenwahlen in einem wesentlich anderen Lichte als die früheren Meldungen dar. Nach dem am Sonntag von Hrn. Komunduros dem Könige unterbreiteten Wahlresultat würde nämlich die neue Kammer 85 ministerielle gegen 130 oppositionelle Deputirte zählen und stände die Abdankung des Ministeriums bevor.

In Konstantinopel sind die griechischen Sympathien, wenn deren überhaupt bei den dortigen leitenden Staatsmännern je vorhanden waren, in Folge des neulichen Attentatsversuchs des Griechen Karajanopulos merklich geschwunden. Wiener Blätter wollen sogar wissen, der ehemalige Stallmeister des entthronten Sultans Murad, ebenfalls ein Grieche, solle wegen angeblicher Theilnahme an dem mißglückten Attentate Karajanopulo's vom 17. v. M. verhaftet und spurlos in den Wellen des Bosporus verschwunden sein. In Folge dessen sollen die Vertreter der Mächte in Konstantinopel über diese orientalische Prozedur bei der Pforte diplomatische Schritte gethan haben.

Aus **Afghanistan** kommt die Nachricht von einem Angriffe der Bergvölker auf das englische Lager bei Alikhel, der aber mit der Zerstreuung des Feindes endigte. Man muß sich darauf gefaßt machen, den Guerillakrieg, von dem dieser letzte Angriff, wie die früheren, nur einzelne Episoden sind, noch geraume Zeit fortdauern zu sehen. Ueber Teheran und Allahabad erfahren die „Daily News", daß alle Ortschaften in Kabuls Umgebung den Engländern feindlich seien. Die Kavallerie ist mit dem Aufklärungsdienste betraut und scheint sich ihrer Aufgabe mit Nachdruck zu entledigen, da keinem Bewohnten Pardon gegeben und jeder Flüchtling niedergeschossen wird. Die Häupter der Rebellion zählen zu den besten Freunden des Emirs. Yuschbai Khan, der seinerzeit zum Empfange des Majors Cavagnari ausgesandt war, sei nachher der Hauptanführer der Aufständischen in Karatlab und auf den Kabuler Höhen gewesen. Der Emir weile noch immer im britischen Lager.

Der „Panama Star und Herald" theilt noch weitere Einzelheiten über den neulich erwähnten Kommunistenputsch in der Kolumbischen Stadt Bucaramanga mit. Auch der Liste der Geschädigten resp. Verunglückten sind folgende mit Namen anscheinend deutschen Ursprungs hervorzuheben: Köppel, dessen Geschäftslokal geplündert wurde; Müller und Fritze, verwundet; Christina Gedelkel und Hermann Hendrid, getödtet.

Zu den Wahlen.

* Auf die seitens des Wahlkommissarius, Freiherrn v. Unruhe-Bomst, an den Staatsminister a. D. Dr. Friedenthal erfolgte Anzeige von seiner Wiederwahl im 4. Posener Wahlbezirk ist von demselben nach der „Pos. Ztg." folgendes Telegramm eingegangen: „Die Wahl als Abgeordneter der Kreise Meseritz-Bomst nehme ich an mit aufrichtigem Dank für das erneuert mir bewiesene, mich ehrende Vertrauen meiner Wähler."

* In Posen haben nach der „Pos. Ztg." die Wahlmänner der nationalliberalen Partei beschlossen, für den Fall der Ablehnung des Prof. Hänel den Landgerichtsrath Cywalina als Abgeordneten-Kandidaten aufzustellen.

Parlamentarisches.

* Die Wahl eines Reichstagsabgeordneten für den 1. Hannoverschen Wahlbezirk an Stelle des Herrn ten Doornkaat Koolman ist auf den 2. Dezember festgesetzt.

Deutschland.

Hof- und Personal-Nachrichten.

* Se. Majestät der Kaiser und König trifft, dem Vernehmen nach, am Montag Vormittag nach 10 Uhr, aus Baden-Baden wieder in Berlin ein und wird im hiesigen königlichen Palais Wohnung nehmen.

* Se. königl. Hoheit der Prinz Karl kam heute Vormittag 10¾ Uhr von Potsdam nach Berlin und gedenkt Abends, nach dem Schluß des Theaters, nach Schloß Glinike zurückzukehren.

* Der Vizepräsident des Staatsministeriums, Graf Otto zu Stolberg-Wernigerode, ist gestern Abend aus Wernigerode nach Berlin zurückgekehrt.

* Der Präsident des bisherigen Reichs-Oberhandelsgerichts in Leipzig, Wirkl. Geh. Rath Dr. Pape, ist hier eingetroffen und hat seine amtliche Stellung als Vorsitzender der in Berlin tagenden Reichskommission zur Ausarbeitung des deutschen bürgerlichen Gesetzbuches angetreten.

* Der kaiserlich russische kommandirende General v. Kotzebue ist nach mehrtägigem Aufenthalte in Berlin gestern Abend 11½ Uhr nach Eydtkuhnen, dem Petersburg abgereist, während seine Gemahlin noch kurze Zeit in Berlin zu bleiben gedenkt.

* Der königlich schwedische Gesandte in Wien Graf Essen, welcher gestern früh aus Stralsund hier eintraf, ist Abends über Dresden nach Wien weitergereist.

* Der Attaché im französischen Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten Bergeron und der Attaché bei der französischen Botschaft in St. Petersburg Marbal sind aus St. Petersburg hier eingetroffen und im Hotel Royal abgestiegen.

* Der Vorsteher des Büreaus des Staatsministeriums, Geheimer Kanzleirath Insel, begeht am 16. Oktober sein 50jähriges Dienstjubiläum.

Reichs- und Staats-Angelegenheiten.

[Militairisches.] * Der Oberst Graf von Pfeil, à la suite des 2. Leib-Husarenregiments Nr. 2, Präses der 3. Remonte-Ankaufs-Kommission, sowie der Major Graf von Monts vom Garde-Kürassierregiment, Adjutant beim General-Kommando des Gardekorps, und der Major von Beerfelde vom 1. Garde-Dragonerregiment sind von Urlaub hierher zurückgekehrt, ebenso der Oberstlieutenant Golz, Kommandeur des Eisenbahnregiments, von der vor einigen Tagen nach Holstein angetretenen Dienstreise.

* Der Oberstlieutenant v. Mantey, Abtheilungschef im Großen Generalstabe, und der Major Schultzlein vom königlich bairischen Generalstabe, kommandirt zur Dienstleistung beim Großen Generalstabe, sind von der Uebungsreise des Großen Generalstabes hier wieder eingetroffen, desgleichen ist der Korvettenkapitain Freiherr v. Hollen vom Admiralstabe nach längerer Abwesenheit hierher zurückgekehrt.

* Das Armee-Verordnungsblatt veröffentlicht das Schema, welches, nach Gesetz des Kriegsministers vom 29. September, vom 1. November cr. ab bei Aufstellung von Liquidationen über Reisekosten, Tagegelder und Umzugskosten in Anwendung zu bringen ist.

* Die königliche Fortifikation zu Minden ist aufgelöst worden.

* Nach einer Bekanntmachung des Kriegsministeriums vom 29. September erhalten Offiziere, Portepee-Unteroffiziere und servirberechtigte Beamte, welche beim Ausmarsch des Truppentheils ꝛc. krankheitshalber in der Garnison zurückbleiben oder behufs Wiederherstellung ihrer Gesundheit beurlaubt sind, oder aus dienstlichen Gründen die Garnison früher, beziehungsweise später als der Truppentheil verlassen müssen, für die Reise von der Garnison nach dem Marschquartier beziehungsweise Kantonnement ihres Truppentheils ꝛc. Reisekosten und Tagegelder. Desgleichen für die Rückreise nach der Garnison, wenn Offiziere ꝛc. aus einer der erwähnten Veranlassungen früher oder später als der Truppentheil ꝛc. das Kantonnement oder Marschquartier verlassen müssen. Seitens der Dienstvorgesetzten ist darauf hinzuwirken, daß derartige besondere Reisen im Allgemeinen auf Fälle unbedingter Noth-